

# Stadt Schwelm beugt das Recht

**Parkplatznot** . Der Artikel „Lösung für Parkplatz-Not“ macht wieder einmal deutlich, wie die Stadt Schwelm das Recht beugt, wenn sie ihre Vorhaben durchsetzen will. Beispiel Patrizierhaus ehemalige Verwaltung der Brauerei: Niemals hätte eine Privatperson die Erlaubnis erhalten, das unter Denkmalschutz stehende Gebäude abzureißen. Der Bescheid hätte verlangt, das Gebäude zu sanieren, oder an anderer Stelle wieder aufzubauen, wie es mit vergleichbar exponierten, das Stadtbild prägenden Fachwerkhäusern ansonsten immer geschieht. Wie man hört, wurde auf die obere Denkmalbehörde, die den Abrissantrag ursprünglich ablehnen wollte, politischer Druck ausgeübt, um der Sparkasse, an der man beteiligt ist, ihre Wünsche auf Kosten des erhaltungswürdigen Denkmals zu erfüllen. Das Replika-Gebäude ist kein Ersatz und stellt Disney-World-Architektur dar. Die Sparkasse stellt sich zudem noch als Gönner dar, da sie angeblich den Bürgern ihr Patrizierhaus zurückgibt.

Beispiel neues Rathaus und Stellplätze: Niemals bekäme eine Privatperson die Baugenehmigung für die Errichtung eines vergleichbaren Gebäudes ohne Stellplatznachweis. Sie käme auch gar nicht auf die Idee einen solchen Antrag zu stellen, weil sie ja Eigentümer des Grundstücks ist und weiß, dass eine Tiefgarage immer bei einem Neubau letztlich die günstigste Lösung ist, als woanders Grundstücke für Parkflächen zu kaufen, zu mieten oder gar ein Parkhaus woanders zu errichten. Die Stadt selbst stellt sich aber eine Baugenehmigung ohne Stellplatznachweis aus und baut drauflos, ohne eine Lösung zu haben. Da das Problem aber jetzt zeitlich drängt, wird eine Lösung in Form eines Hütchenspielertricks präsentiert: Die geforderte Stellplatzfläche wird solange hin und hergeschoben, bis sie angeblich plötzlich beim Kreishaus gefunden wird, das die Fläche aber aktuell auch nicht hat, aber im Rahmen einer Neugestaltung zukünftig „mitrealisieren“ will. Aber das muss man sich vorher „noch anschauen“, so der Sprecher des Kreises. „Vorher anschauen“ hätte sich besser die Stadt ihre Projektplanung und ihre Finanzen, anstatt ihren Bürgern ein schlechtes Beispiel im Umgang mit dem Recht zu geben und diese in ihrem Frust noch zu bestärken, dass Politiker eben das machen, was sie wollen, auch um sich der Bevölkerung gegenüber als Macher darzustellen. (...)

**Dirk Norpoth**, Schwelm